

# Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 80 Bfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 38

Sonntag, den 22. September

1918

## Wahlrechts-Erschütterungen.

Die Wahlrechtsfrage erschüttert den Staat Preußen bis ins innerste Mark. Das Junkertum läßt es auf alles ankommen, es spielt va banque. Aus dem Abgeordnetenhaus hat es die Verschleppung der Wahlrechtsberatung hindüber in das Herrenhaus verpflanzt. Und das alles unter dem dilatorischen Zuzwängen der Regierung!

Anstatt den Erschütterungen ein Ende zu machen, den Landtag aufzulösen, die Wahlen stattfinden zu lassen und damit dem wachsenden Unmut der großen Mehrheit der Bevölkerung ein Ventil aufzumachen, erwartet die Regierung des Grafen Hertling von dem Herrenhaus, wo die versteinerte Reaktion sitzt, günstige Lösung der Wahlrechtsfrage. Das heißt doch wirklich von den Dämonen Feigen lesen wollen!

Nun ist der Verfassungsausschuß des Herrenhauses wieder verlammt und befaßt sich auch wirklich mit der Wahlrechtsvorlage. Aber wie! Bei der Eröffnung der Beratung redete der Ministerpräsident Graf Hertling dem Ausschuß ins Gewissen, doch ja die Erfüllung der königlichen Verheißung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu ermöglichen, um eine Auflösung des Landtags und Neuwahlen zu verhindern. Er zog dabei die stärksten Register und meinte, daß Gefahren für Krone und Dynastie drohten, wenn die Wahlrechtsfrage keine günstige Lösung fände.

Und was tut der Ausschuß auf diese Beschwörung? Er schiebt ebenfalls wie das Abgeordnetenhaus an der Wahlrechtsvorlage herum und verschleppt damit die Entscheidung. Zwar hat der Ausschuß Geheimhaltung seiner Beratung beschlossen — wozu, wenn er ein gutes Gewissen hätte? — aber es ist bereits bekanntgeworden, daß die Junker ein berufskundliches und Gruppen-Wahlrecht fordern, während die sogenannte Opposition, bestehend aus Bürgermeistern, Industriellen usw., für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eintritt, aber eine Alterszulassungsfrist für das 40. Lebensjahr verlangt. Außerdem will diese Gruppe noch weitere „Sicherungen“ gegen die „starke Radikalisierung“ durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht haben. Die Junker natürlich erst recht.

Dem Abgeordnetenhaus sollen durch diese „Sicherungen“ die Hände gebunden und das Budgetrecht genommen werden. Das finden selbst bürgerliche Zeitungen als eine Provokation der öffentlichen Meinung. Im Volk werden die Beratungen zum Teil mit Spott und Hohn, zum Teil mit tiefer, innerer Empörung verfolgt. Nicht genug, daß der Krieg ausreißend wirkt, die innere Politik der herrschenden Kreise besorgt dies noch extra.

Nach solchen Vorgängen müßten Neuwahlen allerdings geradezu verhängnisvoll für die Reaktion und alle Wahlrechtsfeinde werden. Das möchte die Regierung Hertling verhindern, daher zögert sie selbst mit einer klaren Entscheidung. Sagte doch Graf Hertling, der alle Verschleppungsphasen gegen die Wahlrechtsvorlage zuläßt, man solle ihm das Tempo der Entscheidung über die eventuelle Auflösung des Landtages und die Neuwahlen überlassen. Das kann gut werden!

Die „Frankfurter Zeitung“ macht der Regierung den Vorwurf, daß sie in wichtigen Augenblicken schwach gewesen sei. Wir legen jedoch die Haltung der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage nicht als Schwäche aus, sondern als ein bewußtes Vorgehen, das ihrem eigenen innersten Widerstreben gegen eine zeitgemäße reformerische Umgestaltung der ganzen Gesetzgebungsmaschinerie entspricht.

Nur die Kurzsichtigkeit der Politik der Regierung ist frappierend, die nicht bemerkt, daß nach all den Vorgängen nicht bloß das Vertrauen zu ihr erschüttert wird, sondern auch die Kämpfe im Lande zwischen den Parteien sehr verschärft werden annehmen, so daß die erste beste Gelegenheit ein heftiges Auseinanderplatzen bringen muß. Gerade das will aber angeblich die Regierung verhindern. Deshalb zögert sie mit der Auflösung des Landtages. Dabei läßt sie außer Betracht, daß der offene Wahlkampf ein geeignetes Mittel zum Austrag der Spannung ist, während die Verschleppung der Entscheidung immer mehr Stoff zur Empörung gibt und die Gärung bis zur Erschütterung treibt.

Die Arbeiter sind sich klar, daß ihnen das allgemeine, gleiche Wahlrecht gewährt werden muß. Die Zeit ist gekommen, wo es kein Ausweichen mehr gibt. Nachdem die kaiserliche Botschaft die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts verheißt hat, die Regierung sich zur Einbringung einer entsprechenden Vorlage, die sie freilich mit reaktionären Verschlechterungen bewachte, gezwungen sah, können irgendwelche Intrigen der Reaktionäre, ja alle bürgerlichen Parteien zusammen genommen, den Gang der Entwicklung nicht aufhalten.

Ein Teil der Bürgerlichen sieht auch ein, daß dies nicht möglich ist und tritt für das allgemeine, gleiche

Wahlrecht ein. Dieser Teil befürchtet, daß bei der Verweigerung des Wahlrechts mehr vom bürgerlichen Staat flüchten geht, als den bürgerlichen Kreisen lieb sein kann. Sieht man die Entwicklung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den Reichstag, dann muß man es für eine völlige Verblendung ansehen, wenn sich heute noch Politiker gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten stemmen. Damit erzeugen sie die Erschütterungen, die von allen Anhängern der bürgerlichen Staatsordnung doch so sehr gefürchtet werden. Das ist eben das Verhängnis der Reaktionäre, daß sie das Volk wie eine Puppe betrachten und behandeln.

Das wird ihnen aber bald ausgetrieben werden. Mögen sie noch so prächtig auf ihre Macht pochen und dem Fortschritt trotzen, die Zeit ist gekommen, die ihren Dünkel bricht und dem Volke gibt, was es benötigt: völlige Gleichberechtigung.

## Eine Hamburger Kundgebung.

Der Zeitpunkt für den Übergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft rückt immer näher. Desto mehr rühren sich die kapitalistischen Kreise, um bei der Übergangswirtschaft den nötigen Einfluß zur Durchsetzung ihrer Pläne und Interessen zu erlangen. Nach welcher Richtung diese Pläne gehen, kann man sich leicht denken. Trotzdem die Kriegswirtschaft dem Kapitalismus unerbittlich Milliarden hingeworfen hat, hassen doch die Vertreter der privatkapitalistischen Wirtschaft die Eingriffe des Staates in die Produktion, die von ihnen fälschlich als Kriegsozialismus oder Staatssozialismus bezeichnet worden sind.

Zwangsmassnahmen sind es allerdings, die durch Tausende von Verordnungen das Wirtschaftsgetriebe den Kriegsverhältnissen anzupassen suchten, aber die kapitalistische Natur dieser Zwangsmassnahmen springt doch zu sehr in die Augen, als daß man sie als sozialistische Experimente bezeichnen könnte. Sozialdemokraten müssen das um so mehr zurückweisen, als man mit der falschen Bezeichnung Nichtwissende zu täuschen und sozialistische Ziele zu diskreditieren sucht.

Auch die Arbeiter sind mit den meisten der Zwangsmassnahmen nicht einverstanden, die weder die Teuerung noch die Ernährungsschwierigkeiten zu bannen vermochten und eher noch die Verwirrung auf wirtschaftlichem Gebiete steigerten, statt sie zu lindern. Sie halten diese Methode für falsch, den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufend; sie sehen darin einen Schutz für den Kapitalismus, der freilich gern die Hände ganz frei gehabt hätte, um noch mehr Gewinn aus der Kriegszeit herauszuschlagen. Vielfach tut er es sowieso, die Maßnahmen nicht achtend, die Verordnungen und Gesetze überschreitend. Nun möchte er gern für die Übergangswirtschaft und die fernere Zukunft die Hände ganz frei bekommen. Deshalb lehrt er sich gegen Zwangsmassnahmen in der Übergangswirtschaft. Er will nichts von einer „Vormundschaft des Staates“ wissen, wie er die Staatsaufsicht nennt.

Beuge vor! Das ist das Lösungswort, das die kapitalistische Klasse gegen künftige Staatsmaßnahmen für die Übergangswirtschaft ausgibt. Das drückt sich auch in einer Kundgebung aus, die der „Hamburger Ausschuss für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft“ beschlossen und veröffentlicht hat. Daraus geben wir folgendes zur aufmerksamen Beachtung wieder, weil man diese Kundgebung als eine hochbedeutsame ausgeben wird, da sie der Hamburger Kaufmannschaft entstammt. Es heißt darin:

Unter dem Eindruck der behelfsmäßigen Organisation der Kriegswirtschaft und der völlig anders gelagerten Verhältnisse in der Industrie machen sich viele Kaufleute mit dem Gedanken vertraut, hinfür ihr Geschäft mit den Berufsangehörigen in kartellartigen Verbänden unter Vormundschaft des Staates betreiben zu müssen. Sie übersehen, daß sie hierbei selbst zur Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative beitragen, auf welcher die Lebenskraft alles Groß- und Ueberseehandels beruht.

Diese Haltung eines Teils der Kaufmannschaft stützt sich auf die Meinung, die die Regierung hinsichtlich der sogenannten Übergangswirtschaft hat. Der Ausschuss ist der festen Überzeugung, daß der Augenblick, genau umschriebene Pläne für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zu machen, noch nicht gekommen ist. Wenn die Regierung auch ihre Maßnahmen nur als vorbereitend bezeichnet hat, so hält der Ausschuss diese Schritte gleichwohl für gefährlich, weil sie tatsächlich nicht so sehr einem Wiederaufbau der Friedenswirtschaft als vielmehr einer Vereinnahmung des Werteverteilungsmechanismus dienen.

Der Ausschuss erblickt in der vielfach erörterten Absicht, nach dem Beispiel der baltischen Friedensverträge, auch anderweitig Rohstofflieferungen von Staat zu Staat anzubedingen, ein Zeichen dafür, daß die Befürworter dieses Gedankens die weltpolitischen Verhältnisse und Interessen völlig verkennen.

Der Ausschuss hält die innerpolitische Rückwirkung einer Mechanisierung des Außen- und Großhandels auf alle Wirtschaftszweige für geradezu verhängnisvoll. Die unausbleibliche Einkürzung der Volkswirtschaft wird zugleich

ganze Teile ihres hochentwickelten Arbeitsorganismus lahmlegen und damit Angestellte und Arbeiter brotlos machen, oder doch auf kümmerliche Einkommensverhältnisse zurückwerfen, die ihnen angesichts des Preisstandes der notwendigen Waren eine ausreichende Lebenshaltung nicht mehr gestatten werden.

Der Ausschuss warnt den deutschen Kaufmann davor, die Zeit des Wartens, welche der Krieg ihm auferlegt hat, dazu zu benutzen, sich in matter Resignation den Plänen zu überlassen, welche aus dem Geist der geschlossenen Binnenwirtschaft sowie des Bürokratismus und Beamtenstaates quellen. Der Ausschuss fordert den Kaufmann vielmehr auf, sich auf die Wurzeln seiner Kraft zu besinnen.

Der Ausschuss erhebt in aller Entschiedenheit seine Stimme dagegen, daß dem Bundesrat ein neues Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen der sogenannten Übergangswirtschaft bewilligt werde. Jedes gesetzgeberische Eingreifen in das Wirtschaftsleben, welches nach Lage der heute noch nicht zu überschenden Verhältnisse notwendig werden sollte, muß unter Mitwirkung des Deutschen Reichstages unter sorgfältiger Prüfung durch Sachverständige erfolgen, damit nicht zum Schaden der Volkswirtschaft schließlich die sich überstürzenden Bundesratsverordnungen der einzige Rohstoff bleiben, an welchem kein Mangel besteht.

Es liegt eine Uebertretung darin, von der Vormundschaft des Staates zu sprechen, die auf die Ausschaltung der persönlichen Initiative abzielt, auf der die Lebenskraft alles Groß- und Ueberseehandels beruht. Dem Staat, der sich auf den Kapitalismus stützt, selbst kapitalistisch wirtschaftet, fällt es gar nicht ein, dem Privatkapitalismus die persönliche Initiative zu nehmen, falls er wirklich eine verständigere Regelung der Produktion vorschreiben oder eingreifend unterstützen würde. Noch ist es aber nicht so weit und wir müssen es erst vor unseren Augen sehen, ehe wir das glauben. Wir befürchten vielmehr, die Maßnahmen für die Übergangswirtschaft werden mit Rücksicht auf die kapitalistischen Kreise von dem gleichen unfertigen und unwirksamen Kaliber sein, wie die während des Krieges.

Die Wünsche und Forderungen der Arbeitervertretung berücksichtigt werden, steht auf einem anderen Blatt, aber daß man dem Kapitalismus nicht weh tut, ist sicher, obwohl er sich mit Abscheu von der „Verewigung des Verteilungsmechanismus“ abwendet.

Noch sei der Augenblick für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft nicht gekommen; besserungsgedacht sollen auch keine Pläne gemacht werden. Völlig unvorbereitet im gekommenen Augenblick wünschen also die Herren die Gesetzgebung und alle maßgebenden oder eingreifenden Kreise. Wir glauben schon, daß sie dann noch leichteres Spiel hätten, um ihnen unliebliche Eingriffe zu verhindern. Umgekehrt — die Vorbereitungen können nicht früh und gründlich genug getroffen werden, um das ganze Wirtschaftswesen vor Nachteil zu sichern.

Es nützt den Herren auch nichts, Arbeiter kopfscheu zu machen, indem sie ihnen eine unausbleibliche Einkürzung der Volkswirtschaft voraussagen, die die Brotlosmachung der Arbeiter und Angestellten zur Folge haben müsse. Alle Vorschläge und Forderungen der Arbeiter und ihrer Vertreter wollen das bekanntlich verhindern, aber gerade diese Forderungen werden in kapitalistischen Kreisen als solche bekämpft, die die „persönliche Initiative“ des Unternehmertums ausschalteten.

Die ganze Kundgebung riecht zu sehr nach Privatinteressen und wir müssen gestehen, von der Vertretung der Hamburger Kaufmannschaft hätten wir eine großzügigere, weniger standesegoistische Auffassung der Lage und fortgeschrittenere Aufmachung dessen erwartet, was für die Übergangswirtschaft not tut.

Nur darin stimmen wir bei, daß alle Maßnahmen für die Übergangswirtschaft unter Mitwirkung des Reichstages unter sorgfältiger Prüfung durch Sachverständige erfolgen sollen. Ob aber der „Hamburger Ausschuss“ Arbeitervertreter für Sachverständige hält und die Forderung, solche Sachverständige hinzuzuziehen bei der Entscheidung, unterstützt, das wissen wir nicht. Gestellt ist diese Forderung schon mehrfach, es kam aber immer nur zu unmaßgeblichen Gutachten, deren Vorschläge oben drein meist keine Berücksichtigung fanden.

An der Übergangswirtschaft haben die Arbeiter ein größeres Interesse als die besitzenden Kreise, denn für sie handelt es sich darum, endlich aus der jammervollen Lage erlöst zu werden, in die sie unter die Kriegswirtschaft geraten sind.

## Keine Einstellung der Zigarrenherzeugung.

Nach erfolgter Herabsetzung des Rohstoffkontingents für die Zigarrenherstellung auf 40 v. H. bestand sowohl bei der Debatte wie bei der Mindener Zentrale die Auffassung, daß der zur Zigarrenherzeugung zur Verfügung stehende Rohstoff eine Aufrechterhaltung der Fabrikation

nur als Anfang des kommenden Jahres ermögl. Eine weitere Herabsetzung des Kontingents hielt man nicht für zweckmäßig. Man aber teilt die Zentrale für Kriegslieferungen folgendes mit:

Die Frage der weiteren Fortführung der Zigarettenherstellung ist von der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabriken, die im Oktober (Westf.) und der Deutschen Tabakhandels-Zentrale vom 1. Mai d. J. Bremen, erneut eingehend behandelt worden. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Lageraufnahme vom 1. Mai d. J. können die Zigarettenherstellung im Durchschnitt bis Anfang März 1919 fortgeführt werden. Da es erwünscht ist, daß sie aber bis zum Juli 1919 beschäftigt sind, um die abtätigen Verarbeitungsmittel der Zigarettenherstellung zu bewahren, ohne in zu großen Maßstab zu gehen, besteht die Absicht, das jetzige Kontingent vom 1. November an auf die Hälfte herabzusetzen. Ein Beschluß hierüber, welcher der Genehmigung der Reichskommission unterliegt, wird nach im Laufe dieses Monats gefaßt werden. Für die Zigarettenherstellung von Zigaretten wird es abtätig auch bei einer Beschlagnahme von 75 u. S. der Kontingentsherstellung verbleiben, jedoch unter Zugrundelegung von 7 Kilogramm Rohstoff für 1000 Stück Zigaretten.

Der Ausfall an Zigaretten für die Zigarettenherstellung wird durch erhöhte Zigarettenlieferungen gedeckt werden, wofür den Zigarettenherstellern ein Zulagekontingent an Zigarettenrohstoff zu gewähren sein wird. Eine Herabsetzung des Mindestgewichts des Zigarettenrohstoffes für die Zigarettenherstellung Nr. 4, 3, 2 nicht in Betracht kommen, vielmehr wird es bei dem Mindestgewicht von 4 1/2 Kilogramm für 1000 Stück verbleiben; jedoch soll das Mindestgewicht der höheren Weiblagen — Nr. 1, 1 b, 1 usw. — gleichfalls auf 4 1/2 Kilogramm nach bisher 5 Kilogramm für 1000 Stück festgesetzt werden. Die Zentrale wird hierüber Bekanntmachung erlassen. Diese Bestimmung dürfte für die im Oktober einachenden Betriebe erstmalig Geltung erhalten. Zur Prüfung der Frage, ob den Zigarettenfabriken die Verarbeitung von Zigarettenrohstoff, selbständig oder in Kommission, eingeräumt werden kann, hat die Zentrale einen Ausschuß von elf Herren gebildet. Dieser Ausschuß soll sich auch um die schwierige Frage bemühen, daß den Zigarettenfabriken andere Beschäftigungen zugewiesen werden, ferner soll er sich damit beschäftigen, ob und in welcher Form die Zigarettenherstellung bei Erhalt eines größeren Verarbeitungskontingents, an Stelle des Ausfalles der Zigarettenherstellung, eine Abgabe zugunsten der Zigarettenherstellung zu übernehmen haben würde.

Wir möchten im Interesse der Tabakarbeiterchaft unsere Betriedigung über diesen Schritt der maßgebenden Behörden zum Ausdruck bringen. Die drei Tabakarbeiterverbände waren seit längerer Zeit der Meinung, daß eine Stilllegung der Betriebe zu Beginn des kommenden Jahres eine abermalige Herabsetzung des Kontingents vorzuziehen sei. Gewiß ist eine weitere Einschränkung der Erzeugung, die schon so stark eingeschränkt worden ist, von schlimmer Wirkung, aber es handelt sich doch darum, das kleinere Übel zu wählen. Eine Entlassung sämtlicher Arbeiter der Zigarettenherstellung in den Wintermonaten hätte doch recht traurige Folgen gehabt, zumal es mit der Wohlfahrtspflege für arbeitslose Tabakarbeiter im ganzen recht mühsam aussieht. Durch die weitere Herabsetzung des Kontingents und den dadurch gefundenen Anschluß an die Verarbeitungsmöglichkeit der neuen deutschen Ernte können wenigstens die ganz alten und schwachen Arbeitskräfte, die ein Unterkommen in anderen Gewerben nicht finden, durchgehalten werden. Das ist für diese von großer Bedeutung. Allerdings wird nicht in allen Betrieben die die verminderte Erzeugung durchzuführen. Wenn es gelingt, mit der Herabsetzung der Erzeugung auf 20 v. S. den Anschluß an die neue Ernte einigermaßen zu erreichen, so ist doch auch noch für den größten Teil des nächsten Jahres an eine gänzliche Stilllegung der Betriebe allgemein nicht zu denken. Vielleicht sieht es dann in der Welt schon etwas besser aus und der Krieg ist beendet.

Wie nun die Zentrale ferner mitteilt, ist zur Prüfung der Frage ob den Zigarettenfabriken die Verarbeitung von Zigarettenrohstoff eingeräumt werden kann, ein Ausschuß von elf Personen eingesetzt worden. Dieser Ausschuß soll sich auch mit der Frage beschäftigen, ob den Zigarettenfabriken andere Beschäftigung zugewiesen werden kann, ferner, ob und in welcher Form die Zigarettenherstellung bei Erhalt eines größeren Verarbeitungskontingents, an Stelle des Ausfalles der Zigarettenherstellung, eine Abgabe zugunsten der Zigarettenherstellung zu übernehmen haben würde. Diese Beratungen sind notwendig und daher zu begrüßen, nur will uns scheinen, daß man damit hätte schon früher beginnen sollen. Da es sich bei den Verarbeitungsmöglichkeiten um Dinge handelt, die auch die Tabakarbeiter stark berühren, dürfen wir wohl annehmen, daß dem Ausschuß auch einige Tabakarbeiter angehören, mindestens aber zu den Beratungen hinzugezogen werden.

## Zu den Vorschriften der Minderer Zentrale.

Der Landrat des Kreises Herford hat zu den Vorschriften der Minderer Zentrale, betr. Entlassung von Tabakarbeitern folgendes Rundschreiben ergehen lassen:

Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabriken in Minden hat sich gezwungen gesehen, die anstehende neue Bekanntmachung über die Beschäftigung von Arbeitern in der Zigarettenindustrie zu erlassen. Die Begründung dazu ist in dem ersten Absatz der Bestimmungen gegeben, auf deren ganzen Ernst ich mit allem Nachdruck hinweise.

In der Landwirtschaft, und zwar nicht nur derjenigen des Kreises Herford, sondern auch anderer Gebiete, fehlt es noch immer an Arbeitskräften, namentlich auch an weiblichen. Ebenso ist in der Kriegsindustrie ein Bedarf an Arbeitskräften jetzt noch vorhanden, während die Arbeitskräfte in der Zigarettenindustrie sobald als möglich an die Stellen übergeführt werden, wo dringender Bedarf vorhanden ist.

Hieran hat aber auch die Arbeiterchaft selbst ein bringendes Interesse. Der Mangel, der bei der Einstellung der Zigarettenindustrie eintreten wird, muß um so größer sein, je weniger es gelingt, bis dahin diejenigen Arbeitskräfte, die nicht durch Familienverhältnisse oder durch ihren körperlichen Zustand unbedingt auf die heimliche Zigarettenindustrie angewiesen sind, in anderen Arbeitsstellen unterzubringen. Dies muß daher mit allem Nachdruck angestrebt werden. Je früher die in der Zigarettenindustrie überschüssigen Arbeitskräfte andere Arbeitsstellen suchen, desto bessere Aussichten haben sie, günstige Arbeitsgelegenheit zu finden.

Alle dazu geeigneten Stellen bitte ich bringend, durch geeignete Aufklärung und Beeinflussung der Bevölkerung das Verständnis dafür zu erwecken. Es wird sich empfehlen, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Deutsche Zentrale bei ihrer Maßnahme sich im vollen Einvernehmen mit der organisierten Vertretung der Arbeiterchaft befindet (vergl. Schlußbemerkung).

Die wichtigste Neuerung in der Bekanntmachung der Zentrale vom 29. 7. besteht darin, daß die hohenzündigen Zigarettenarbeiter nicht mehr ohne weiteres vor der Entlassung geschützt sind. Auch solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die schon vor dem 1. 8. 1914 in der Zigarettenindustrie tätig waren, sind daher wie andere, später in die Zigarettenindustrie eingetretene, zu entlassen, wenn dies notwendig wird, um die vorhandenen Arbeitskräfte voll zu beschäftigen, es sei denn, daß sie durch häusliche oder andere zwingende persönliche Verhältnisse an ihren Wohnort gebunden und körperlich nicht imstande sind, sich in anderen Erwerbszweigen zu betätigen.

Die Forderung der Zentrale, daß die in der Zigarettenindustrie verbleibenden Arbeiter voll beschäftigt werden müssen, bestand schon bisher. Leider ist sie vielfach nicht erfüllt; in falscher Rücksichtnahme auf vermeintliche Interessen der Arbeiter haben manche Betriebsleiter durch Auslegung der Arbeit an einzelnen Wochentagen oder durch Beschränkung der Stückzahl die Arbeit gestreckt, um mehr Arbeiter im Betriebe halten zu können, als zur Aufarbeitung des Kontingents notwendig war. Mit allem Nachdruck bitte ich dahin zu wirken, daß mit dieser den Interessen der Allgemeinheit und der Arbeiterchaft, sowie den bindenden Vorschriften der Zentrale auf das schärfste widerstehenden Übung gebrochen wird. Gegen eine Einschränkung der Arbeitszeit über den freien Sonnabendmittag und über die übliche Freigabe für landwirtschaftliche Betätigung hinaus bitte ich daher entschieden Stellung zu nehmen.

## Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Hamburg.** Die Firmen Carl Matt und F. Tafto erhöhten die Lohnzulagen auf 100 Prozent.  
**Altona.** Die Firmen Carl Borch und Wilh. Webeling bewilligten 100 Prozent Lohnzulage.  
**Tubenstedt bei Hamburg.** Die Firma Wilh. Rogmann erhöhte die Lohnzulage auf über 100 Prozent.  
**Sande.** Die Firma W. Niemann bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.  
**Wülfst.** Die Firma C. Brüggmann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Wülster.** Die Firma Heinr. Simonson erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Neumünster.** Die Firma Wilh. Desmarais bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.  
**Sarenth i. Medl.** Die Firma Carl Bobzien bewilligte Lohnzulagen von 100 Prozent.  
**Wildeshausen.** Die Firmen Heinr. Hogebach, Diebr. Röhrer und Friedr. Schult erhöhten die Lohnzulagen auf 100 Prozent.  
**Sandsfel.** Die Firma C. Peters hat nicht, wie berichtet, 80 Prozent, sondern 100 Prozent Lohnzulage bewilligt.  
**Celle.** Die Firma Heinr. Krippe erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Bobenden.** Die Firma C. Löwenthal u. Co. bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.  
**Uslar.** Die Firma P. W. Schumann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Goslar.** Die Firma Heinr. Kummerfeld bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.  
**Northem.** Die Firma L. Wolf bewilligte außer der bisherigen Kriegszulage von 7 M. pro Woche noch 20 Prozent Teuerungszulage. Die Firma S. Sonntag u. Dülsenberg erhöhte die Zulage auf 75 Prozent. Die Firma A. Hartje bewilligte zu der bisherigen Lohnzulage von 2 M. für das Tausend noch 50 Prozent Teuerungszulage.  
**Seeien.** Die Firmen Weispflog u. Fischer, Rich. Weispflog und Trautwein Meyer u. Pflüger erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Stadthendorf.** Die Firma W. Ruhlmann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Helmarshausen.** Die Firma M. C. L. F. Röhrsen erhöhte die Teuerungszulage auf 100 Prozent.  
**Bremen.** Die Firmen Berningroth, Hagedorn u. Co., Menze u. Rohlfing, Strothoff u. Sohn, Engelhardt u. Biermann und Ralkmann u. Nobbe erhöhten die Teuerungszulagen auf 75 Prozent. Die Firma W. Lemke bewilligte 75 Prozent Lohnzulage. Die Firma S. Schminke (Sortiererei) zahlt wöchentlich für männliche 15 M., für weibliche 12 M.  
**Krakfurt.** Die Firma Rinn u. Glos erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Plaue.** Die Firma Rinn u. Glos bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Gelbfern.** 75 Prozent Zulagen bewilligten die Firmen Gebr. Angewert, C. Deders, Wilh. Hagedorn, Gebr. Berg, Gebr. Kersten und Jakob von Oberhausen. Die Firma B. Albracht erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Gosf.** Die Firmen O. Gieselmann, G. Schellen, Fr. Glaser, Th. Sinnes, G. Schreiber, G. Planke, Gebr. Kerstell, R. Kurz, R. Gubden, C. Willemsen und Gebr. Blum erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Müdingen.** Die Firma J. Weiskmann jun. hat 80 Prozent Lohnerhöhung bewilligt.  
**Al. Alheim.** Die Firma A. F. Garstanz bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Al. Krokenburg.** Die Firma De Vary u. Kugler hat die Grundlöhne erhöht und 75 Prozent Teuerungszulage bewilligt. Die Firmen Heibelberger Schöne und Stern u. Co. bewilligten 75 Pzt. Teuerungszulage.  
**Al. Steinhelm.** Die Firmen J. Seelig, Anton Bäcker haben 80 Prozent, die Firmen Rinn u. Glos, C. Kraft, D. Strauß jun. und J. Sperfeld 75 Prozent Teuerungszulage bewilligt.  
**Großbreitenbach.** Die Firma Langhans u. Jürgensen erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Proz.  
**Neustadt a. Rennst.** Die Firma Langhans u. Jürgensen erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Proz.  
**Waldfappel.** Die Firma L. Wolf bewilligte zu der bisherigen Zulage von 7 M. pro Woche und für jedes Kind 1 M. noch 20 Prozent Teuerungszulage.  
**Wesslitz.** Auch hier machte die Firma L. Wolf dieselben Zulagen wie in Waldfappel.  
**Maunheim.** Die Firma Brunner u. Schweizer erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Sandhofen.** Die Firmen Brunner u. Schweizer, Gebr. Seibold, Gebr. Sternheimer, Max Strauß und Daniel Daube bewilligten 75 Proz. Teuerungszulage.  
**Sedenheim.** Die Firmen Neuter und Jakob Seifnach erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Proz.  
**Nedarhausen.** Die Firmen Rhein. Zigarettenfabriken Ling u. Co. und B. Würzburger u. Sohn bewilligten 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Ladenburg.** Die Firmen Luis Kaufmann, Gebr. Berich und Wilh. Agricola Söhne bewilligten 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Hochdorf.** Die Firma Gebr. Sternheimer bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Nädersheim.** Die Firmen Gebr. Baer, Brunner u. Schweizer, J. Bretthelmer erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Offenburg.** Die Firma Franz Krazer bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Friesenheim.** Die Firmen Carl Bögl und F. L. Biermann erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Pzt.  
**Schutter.** Die Firmen R. Heidinger, Gebr. Maier bewilligten 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Schutterzell.** Die Firmen Franz Geiger, Zülch u. Nietsche und Walter u. Rudolf bewilligten 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Sofweter.** Die Firma F. L. Biermann erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Gigerweiler.** Die Firma Walter u. Rudolf bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Gisfurt.** Die Firmen L. Leiste und M. Schmidt bewilligten 100 Prozent Lohnzulage.  
**Burg bei Magdeburg.** Die Firma Gust. Wendland, Otto Zillner, Karl Wederling, P. Gruhn, Chr. Jesse und Witwe. Siemisch bewilligten 100 Prozent Lohnzulage.  
**Fernburg.** Die Firma S. Koch u. Co. erhöhte die Lohnzulage auf 75 Prozent.  
**Gera.** Die Firma Laspe u. Co. bewilligte 75 Prozent Zulage. Die Firmen Kunz und Wieprecht u. Hauschild (Rauch- und Kautabakfabrik) bewilligten 100 Prozent Lohnzulage.  
**Zwidan.** Die Firma Ernst Grundmann erhöhte die Teuerungszulage auf 100 Prozent.  
**Wilschsdorferda.** Die Firmen Emil Lage, Ernst Lange u. Söhne, C. Paulisch u. Sohn und Carl Döcker bewilligten eine Lohnzulage von 85 Prozent.  
**Geringswalde.** Die Firma Döring u. Co. in Gilmersdorf erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Wurzen.** Die Firma Wilh. Gartenstein bewilligte Teuerungszulagen von 75 Prozent.  
**Kreitzsch.** Die Firmen Rich. Martin und Paul Henmann erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Proz.  
**Frankenberg.** Nachstehende Firmen erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent: Buchheim u. Richter, Hugo Pasche, S. Schied u. Sohn, S. C. Wacker, D. S. Wagners Wwe., Otto Rendel.  
**Deuben.** Die Firmen C. Weißer, C. Starke, M. Beck und L. Neulirchner erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Schöned.** Die Firmen Friedr. Schuster, Georg Fischer, Gebr. Koch, Hans Schwabe, Friedr. Helm und Quend u. Mangelsdorf erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Schwerin a. d. Warthe.** Die Firmen G. Menke, Rud. Virchow, Gustav Detschlag, Hugo Lehmann, Adolf Rescke und Anna Quast erhöhten die Zulage auf 100 Prozent.  
**Frankfurt a. d. O.** Die Firmen Louis Jänick, F. Bestret, B. Schmieder, M. Wierber, C. Müller, A. Kuharsky bewilligten 100 Prozent, die Firma Rob. Walter 75 Prozent Lohnzulagen.  
**Forst.** Die Firma Wilh. Schiemann bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Flöben.** Die Firmen C. Jul. Herzog und F. A. Trüschel bewilligten an Lohn- und Teuerungszulagen 100 Prozent.  
**Ehndau.** Die Firma Otto Labeck erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Woltersdorf.** Die Firma Ernst Kühne bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.  
**Züllichau.** Die Firmen Otto Menzel, Wilh. Herrmann, Ab. Richter u. Co., Paul Brod und Aug. Pauln bewilligten 80 Prozent Lohnzulage.

# Die Einheitszigarre in Holland.

„Maasbode“ entnimmt dem „Algemeen Handelsblad“ folgende Ausführungen: Die „U. S. S.“, die allgemeine Zigarrensyndikats-Zigarre, wird an das Zigarrensyndikat 28 Gulden für das Tausend geliefert werden. Für Frachten werden 2 Gulden für 1000 Stück auf den Preis aufgeschlagen. Der Händler bekommt die Zigarre zu 40 Gulden das Tausend und muß sie zu 5 Cents das Stück an seine Kunden verkaufen — an jeden festen Kunden nicht mehr als drei Stück täglich. Die „U. S. S.“ ist eine ausgezeichnete Zigarre, ohne Spitze; sie wird aus reinem Tabak hergestellt und hat einen viel höheren Wert als der Ladenpreis. Die Zigarrenexporteure dürfen höchstens ein Drittel ihrer ganzen Produktion ausführen. Von den reichlich zweitausend Zigarrenfabrikanten produzieren kaum dreihundert für die Ausfuhr. Bereits jetzt werden von Ausfuhrhändlern diese Zigarren zu 90 bis 110 Gulden gekauft, da sie große Auslandslieferungen abgeschlossen haben, die so schnell wie möglich ausgeführt werden sollen.

# Aus Oesterreich.

Es wird berichtet, daß die österreichischen Tabakvorräte für die Zigarrenherzeugung bis Ende 1919 reichen werden. Freilich müsse die Zigarrenbelieferung immer knapper werden; man werde aber in Oesterreich sicherlich mit geringen Vorräten länger auskommen, als in Deutschland, wo die Zahl der Zigarrenraucher beträchtlich größer ist. Gestreckt wurde bisher nur Pfeifentabak.

# Ukrainischer Tabak.

Wie gemeldet wird, verpflichtete sich in dem neuen deutsch-ukrainischen Wirtschaftsabkommen die Ukraine zur Lieferung von 250 000 Pud Tabak aus der alten Ernte an Deutschland (1 Pud = 40 russische = etwa 32 deutsche Pfund).

# Rekordtabakernte in Bosnien.

In diesem Jahre ist in Bosnien und in der Herzegowina eine reiche Tabakernte zu erwarten, wie sie seit der Besetzung nicht zu verzeichnen war. Gegenüber dem normalen Ertrag von 20 000 bis 35 000 Meterzentnern verspricht dieses Jahr mindestens einen Ertrag von 50 000 bis 60 000 Meterzentnern.

# Das Gewissen des Kollegen G. W. Perkins.

Kollege G. W. Perkins, Präsident der Cigar Makers International Union of America hat im „The International Bookbinder“, Organ des amerikanischen Buchbinderverbandes einen Artikel veröffentlicht: „Warum die amerikanischen Arbeiter den Krieg unterstützen.“ Der Artikel lautet:

Wenn Ihr alle, die Ihr diesen Artikel lest, in dem Jahre vor dem Kriegsausbruch mit mir in Deutschland gewesen wäret, so würdet Ihr es nicht nötig haben, diese Frage zu stellen. Ihr würdet die Autokratie an der Arbeit gesehen haben, wie ich sie sah: wie sie die Arbeiter einschüchtert und vergewaltigt, sie mit Spionen umgibt, ihre Versammlungen unter Polizeiaufsicht stellt und die freie Meinungsäußerung unterdrückt. Und wenn alle diese Methoden vertragen, so versucht die Autokratie die Arbeiterklasse zu terrorisieren, sie durch eine heuchlerische Propaganda irrezuführen, ihr falsche Führer aufzudrängen und durch die Macht des Geldes diejenigen zu verführen, die bestrebt sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Ihr würdet zurückgekehrt sein wie ich, voll Dankbarkeit im Herzen, daß es uns vergönnt ist, in einem Lande der Freiheit und der Demokratie zu leben, und Ihr würdet ebenso fest entschlossen sein wie ich, bis zum Tode zu kämpfen, wenn unsere Freiheiten bedroht werden sollten durch die Mächte der Autokratie, bis zum Tode zu kämpfen; bis zur äußersten Grenze zu arbeiten; jedes Opfer zu bringen und kein Kompromiß zu schließen, bis die Autokratie, wie sie in der gegenwärtigen deutschen Regierung verkörpert ist, in einem Krieg bis ans Ende eine Niederlage erlitten hat, und der Militarismus, der sie stützt, für immer und ewig ausgerottet ist.

Ich fuhr nach Europa zu Anfang des Herbstes 1918 als Vertreter des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes zum Weltkongress des Internationalen Bundes der Gewerkschaften in Zürich (Schweiz). Wie die anderen Vertreter der organisierten Arbeiterklassen der übrigen Nationen fuhr ich als armer Mann, entschlossen so billig wie möglich durchzukommen, da die Arbeiterklasse kein Geld hat, um es auf Vergnügungsfahrten ihrer Vertreter auszugeben. Ich fuhr zur Arbeit und nicht zum Vergnügen.

Aber die Schweiz liegt an der Grenze von Deutschland. Zürich war voll von angeblichen Führern der deutschen Arbeiterbewegung. Sie waren keine Delegierten, aber sie waren doch anwesend. Sie waren nicht arm, wenn man nach ihren Geldausgaben urteilen wollte. Sie schienen unbegrenzte Geldmittel zu besitzen.

Ihre Aufgabe schien zu sein, Geld auszugeben. Wir haben immer geglaubt, daß die „deutsche Bewegung“ ihren Ursprung in Deutschland gehabt hätte, aber diese Leute schienen überhaupt keine Ahnung davon zu haben. Ihre ganze Aufgabe schien zu sein, die Vertreter der anderen Länder zu Wein und Dinners einzuladen. Sie luden irgendeinen zum zweiten Frühstück oder zum Mittagessen ein unter dem Vorwande, daß sie mit ihm Wichtiges zu besprechen hätten. Aber er sah, wie ich mehr als einmal sah, daß die Sache keine größere Wichtigkeit hatte als etwa die Frage, ob wir die Sitzung um 12 Uhr oder 12 Uhr 5 Minuten vertagen sollten. Es war oft tatsächlich gar kein Anlaß zu einer Kundgebung von Freundschaft oder Interesse.

Aber die Unterhaltung drehte sich immer um die Interessen Deutschlands in der Welt, um seine Überlegenheit und um die übliche Auslosigkeit des Berufs, Deutschland zu bekämpfen. Der

Zweck schien also zu sein, Freunde für Deutschland zu gewinnen. Der Weltkrieg war erst nötig, um die volle Bedeutung und Tragweite dieser Propaganda zu enthüllen.

Wie es zum Faßten kam, so hatten einige dieser Deutschen die Gelbblase. Ich weiß nicht, woher sie das Geld hatten: Weht doch in die Sekretariate der deutschen Gewerkschaften, besucht die Wohnungen der deutschen Arbeiter und seht zu, ob dort das Geld so umherliegt.

Seit Jahren vor dem Kriege redumten sentimentale Internationalisten der Welt, Eroberungskriege unmöglich zu machen durch Generalstreiks. Auf einer vor mehreren Jahren stattgefundenen Konferenz der Vertreter vieler Länder kontrahierten ein englischer Delegierter, daß im Falle eines Angriffskrieges die Vertreter beider Länder es ablehnen sollten, Kofka zu fördern. Hierauf erklärte die deutsche Delegation, daß, wenn diese Resolution eingebracht würde, sie die Konferenz verlassen müßte, denn schon bei dem Umstand, daß sie sich in einer Konferenz befänden, so eine herartige Resolution beraten worden sei, würde zur Folge haben, daß man sie als Hochverräter anklagt und zum Tode verurteilt.

Dasselbe Ereignis trat bei anderen Anlässen. Die deutsche Delegation war sich klar darüber, daß sie es ablehnen muß, auf Vorschläge einzugehen, die in die Pläne ihrer Regierung störend eingreifen, oder aber dem Scharfrichter anheimzufallen.

Während meines Aufenthaltes in Deutschland, um die dortige Arbeiterbewegung zu studieren, waren meine persönlichen Erfahrungen derart, daß sie mich veranlassen, unsere Regierung in ihrer Kriegspolitik vollständig und bedingungslos zu unterstützen. Ich fand in der deutschen Arbeiterbewegung keine Demokratie. Keine Arbeiterversammlung ohne politische Bewachung. Keine Rede in fremder Sprache darf in einer Arbeiterversammlung gehalten werden, ohne daß man die Rede vorerst der autokratischen Regierung unterbreitet, die sie zensuriert und die Erlaubnis zum Vortrag erteilt.

Ich konnte in einer so organisatorischen Versammlung nicht sprechen, da ich eine Kopie meiner Rede hätte vorlegen müssen. Die Rede hätte vorerst ins Deutsche übersetzt werden sollen, gefolgt durch irgendeinen Vertreter der autokratischen Regierung, und dann ins Englische zurückübersetzt, so daß mit die Franzosen des Kaisers zu hören hätten, was ich sprechen sollte. Ehe diese ganze bürokratische Prozedur fertig wäre, würde der Versammlungstag vorüber gewesen sein, wenn ich mich herbeigelassen hätte, diese Geschichte mitzumachen.

Langen Zeit war in Deutschland die Gründung von Gewerkschaften verboten. Die Arbeiter kamen insgeheim zusammen und unter Gefahr sofortiger Verhaftung. Als die deutsche Regierung schließlich sah, daß die deutschen Arbeiter sich nicht einschüchtern ließen, erteilte sie ihnen widerwillig die Erlaubnis, sich zu organisieren, aber unter so vielen Beschränkungen, daß es den Arbeitern unmöglich war, ihre wahren Ansichten zu äußern.

Unsere Vorfahren bekämpften die Ansprüche der Könige und Machthaber. Sie rebellierten gegen religiöse Unbuddsamkeit und soziale Ungerechtigkeit, sie führten unseren ersten Krieg. Dieser war erfolgreich.

Die zweite große Krise unserer Nation führte zum Kriege für die Abschaffung der Sklaverei. Auch dieser war erfolgreich.

Nest befinden wir uns in einer noch größeren Krise. Wir kämpfen, damit Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit nicht von der Erde verschwinden sollen. Wir müssen und werden wieder erfolgreich sein.

Die Zeit für Argumente ist vorüber. Die feigen Ausreden der Reaktionäre sind tot. Sie müssen entweder pro-amerikanisch oder pro-deutsch sein; pro-demokratisch oder pro-autokratisch. Da gibt es keinen Rückzug, kein Halbdern. Wir alle müssen mit ganzem Herzen und ganzer Seele für Demokratie und für den Sieg, oder aber für Autokratie, Militarismus und slawische Unterwerfung sein.

Die Buchbinder-Zeitung, das Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes, die den Artikel des Kollegen Perkins überlegt wiedergibt, fertigt den Präsidenten der Internationalen Union der Zigarrenarbeiter Amerikas gebührend ab, indem sie u. a. schreibt:

Amerika, das Land der Freiheit, wo die Arbeiter politisch gleich sind, wo es eine Arbeiterschutzgesetzgebung nicht gibt, wo vom höchsten Gerichtshof die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages für verfassungswidrig, dagegen den Arbeitern das gesetzliche Recht auf Organisation bestritten wird; wo in den Riesenbetrieben des Stahlwerks die Gewerkschaften hinausgeworfen wurden und erbärmliche Arbeitsbedingungen vorherrschen und Demokratie und Freiheit für die Arbeiter an schwere Ketten gelegt worden sind; wo in den Bergwerksdistrikten die Arbeiter mit Dynamit, Pistolen und Revolvern von bewaffneten Söldnerbanden und vermittels einer künstlichen Justiz schonungslos unter eine jede Menschlichkeit beiseitegeschoben, nur auf einen höchstmöglichen Profit sehende Kapitalistenherrschaft gehalten werden?

Was Herr Perkins von den deutschen Arbeiterführern aufzählt, wobei er sich auf seine persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen gelegentlich der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich 1913 stützt, entspricht einer Unzurechnungsfähigkeit, einer schamlosen Phantasie oder ist rein erlogen. Schreiber dieses war selbst als Vertreter der Buchbinder-Internationalen auf jener Konferenz anwesend und hat dort Herrn Perkins persönlich kennen gelernt. Die deutschen Arbeitervertreter haben wahrscheinlich weniger an Entschädigung für Reise und Aufwand bekommen als Perkins. Denn im allgemeinen entlohnen die amerikanischen Gewerkschaften ihre Angestellten weit höher wie die deutschen. Comper, der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, erhält Leihpfeilmehre 32 000 M. Jahresgehalt, Legien vor dem Kriege 4200 M., jetzt 5500 M. Täuschlich ist unser Gedächtnis nicht, so erzählt der Vorsitzende des ungefähr 10 000 Mitglieder zählenden amerikanischen Buchbinderverbandes 7000 M. Gehalt, der des 33 000 Mitglieder zählenden deutschen Verbandes 3000 M. (ohne Teuerungszulagen). Perkins wird auch nicht den Schattenschein eines Beweises erbringen können, daß die deutschen Arbeitervertreter in Zürich ein Schlemmerleben geführt hätten. Noch dazu, wie Perkins sehr durchsichtig durchblicken läßt, unter Zuhilfenahme von Regierungs- bzw. Beschleunigungsbüro. Ein paar Gläser guten schweizerischen Weines abends nach geistiger Tagesarbeit konnten sie sich auch von ihren Tagelöhnern leisten, ohne daß es ihnen wie Herrn Perkins erging, der unter allgemeiner Heiterkeit, rechts und links kräftig unter die Arme gefaßt, vom Begrüßungsabend der schweizerischen Gewerkschaften vom schönen Zürichberg hinunter schwankte.

Vielleicht hält Perkins den Vorwurf der Verfälschung gar nicht für so schwerwiegend, denn in Amerika gehört es leider nicht zu den

gang seltenen Fällen, daß sich Gewerkschaftsangehörige von den Unrechtmäßigkeiten zum Schaden der Arbeiter bestechen lassen. Man lese einmal nach, was Legien diesbezüglich in seinem Buche: „Aus Amerikas Arbeiterbewegung“ (S. 184/185) erzählt.

Man vergleiche einmal die deutsche „Autokratie“ mit der amerikanischen „Freiheit“ in der Praxis: In Deutschland erscheinen eine ganze Anzahl von „unabhängigen“, scharf kriegerischen Blättern, in Amerika hat der Präsident Wilson fast alle kriegerischen sozialistischen Blätter verboten. Aber noch viel schlimmer als das. Die „Times“ berichten aus Washington:

„Von den 100 Führern des Bundes der Industriearbeiter der Welt, die wegen Hochverrats angeklagt waren, weil sie der Kriegspolitik Wilsons entgegenarbeiteten, wurden Haywood und andere zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, 33 andere zu 10 Jahren, 12 weitere zu einem Jahre Gefängnis, außerdem Haywood zu 20 000 Dollar Geldbuße.“

Kollege Perkins ist nicht irgendeiner, sondern Vertreter nicht nur einer amerikanischen Gewerkschaft, sondern er war im Jahre 1918 als Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich. Bei dieser Gelegenheit reiste er auch durch Deutschland und trat mit unserer Organisation und ihrer Leitung in Verbindung. Wir behalten uns vor, in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiters“ dem Manne etwas näher zu kommen und der Kritik der „Deutschen Buchbinder-Zeitung“ einiges hinzuzufügen.

# Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gegenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Registe (Mittenburg), Vorsitzender des Verbandes der Gutmacher, Paepow (Hamburg), Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Schmidt (Berlin), Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes, Thomas (Frankfurt a. M.), Vorsitzender des Verbandes der Dachdecker, Waldacker (Wochum), 2. Vorsitzender des Verbandes der Verarbeiter, und Legien (Berlin), Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand am Donnerstag nachmittag 6 1/2 Uhr statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes,

# Thomas (Frankfurt am Main).

folgendes aus: Die Entsendung der Delegation beweist, daß die deutsche Arbeiterklasse noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fest das gesamte Volk durch die innerpolitischen Geschehnisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinke. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tiefpunkt angekommen. Die Mengen, die

gewissenlos der Volksernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalen Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schwere der Arbeiter mühten Wucherpreise zahlen. Immer Allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gekauft. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen besorgniserregend ab. Sie könnten überhaupt nicht mehr leisten, was ihnen früher ein leichtes war. Die Erlösung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeiterklasse sei unter die Frucht der Dillsschneitzerei gezwungen, auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jetzigen Not würden die Unterlassungen wie Verbrechen am Volk. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzseher, keine Plan- und Wischmacher. Aber es sei höchste Zeit, zu helfen; denn die Aufregung unter der Arbeiterklasse sei ungeheuer. Die schönsten Wohnorte mühten wirkungslos bleiben. Am hungarigen Macon nur Cingana finden Suppenlogis mit Knödelgründen. Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichen nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Schleichhändler aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und dem gesamten Volke zugänglich machen, die fleischlosen Wochen aufheben und mehr Kartoffeln geben. Gänzlich unverständlich sei die

# verrückte Preisgestaltung

für Schuhe, Wäsche und Kleider. Hier herrsche allgemein Verwirrung. Die erste Wucher, hier läßt die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeitshose koste jetzt statt 4 M. 15 bis 30 M. und halte nur den vierten Teil der früheren Zeit. Selbst ausgebeißert könne nicht mehr werden, es drohe der Zusammenbruch der Familie. Auch hier sei die Verteilung ungleichmäßig. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten. Um die Unterernährung zu paralisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kreisämter und Unternehmern mühten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterklasse erhalten.

Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere, schwankende Politik im Innern. Die Regierung Berlin habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die unskillige Diktatur in der Wahlrechtsfrage sei zur Siedehitze geblieben. Grimmia erbittert werde sich das Volk nur der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Machtwort sprechen, den Sonntag aufheben und das Kaiserwort wahr machen. Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Zensur und des Belagerungszustandes letzten schwer auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerster Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistengesetzlicher Geist.

Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Aussage an die Arbeiter und die Amerikanerpolitiker. Das Volk wolle restlose Klarheit, unabhängig von der jeweiligen Kriegslage. Gerade jetzt, wo der feindliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der feindlichen Heerkräfte eingetreten sei, sei die beste Zeit, sich unabweislich auf den Verständigungsfrieden festzuliegen. Gerade, die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinten, wollten durch eine freundliche Weite und ein lautes Wort die Kriegszeit abgelöst sehen. Auch dürften beim Friedensschluß die internationalen sozialistischen Forderungen der Gewerkschaften nicht weiter einfach vernachlässigt werden. Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, um

